



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903

568 (6.12.1903) 1. Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-106922](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-106922)

General-Anzeiger



Abonnement:
 Täglich Ausgabe
 70 Pfennig monatlich.
 Druckerlohn 20 Pfg. monatlich,
 durch die Post des Inl. Voll-
 ausschlag 2.42 pro Quartal.
 Einzel-Nummern 5 Pfg.
Nur Sonntags-Ausgabe:
 30 Pfennig monatlich,
 ins Haus od. durch die Post 25 Pfg.
Insertate:
 Die Colonne-Zeile ... 30 Pfg.
 Auswärtige Insertate ... 75
 Die Reklame-Zeile ... 60

(Babische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Für unverlangte Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Telegramm-Adresse:
 „Journal Mannheim“
 In der Postliste eingetragen
 unter Nr. 3022.

Telephon: Direction und
 Drucker: Nr. 841
 Redaktion: Nr. 877
 Expedition: Nr. 918
 Filiale: Nr. 815

Nr. 568.

Sonntag, 6. Dezember 1905.

(1. Blatt.)

Die heutige Sonntagsausgabe umfaßt im ganzen
 20 Seiten.

Politische Wochenschau.

Die Parlamente in Baden wie im Reich sind zur kurzen Weihnachtssitzung zusammengetreten und haben sich konstituiert. Das ging glatt und ohne Unbehagen. Auch im Reichstage hat man von der Weltwende, die der „Vorwärts“ nach den Wahlen ankündigt, nicht das geringste bemerkt. Herr Singer erhielt bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten nicht einmal alle Stimmen seiner Fraktion! Gegen den Sozialen Ballstreit demonstrierte eine Minorität mit 100 weißen Zetteln, als Ausdruck nachträglichen Grolls von den Sozialen her. Da Graf Ballstreit trotzdem der denkbar beste Präsident ist, so brauchte man an einer glatten äußerlichen Abwicklung der Geschäfte nicht zu zweifeln.

Seine erste, ernsthafte Sitzung hält der Reichstag am Mittwoch. Mittlerweise ist ihm als erste außerordentliche Aufgabe, neben der üblichen des Etats, ein Stück Reichsfinanzreform zugegangen. Davon war vorher nichts bekannt geworden und Presse und Parteien wissen nicht, was sie mit der Vorlage anfangen sollen. Das liegt aber nicht an der Unklarheit allein, sondern zum guten Teile auch an ihrer Unvollständigkeit. Sie bedeutet nur den ersten Schritt auf einer verantwortungsvollen Bahn, wählte man, was nachkommen soll, man würde mit seinem Urteil weniger im Dunkeln tappen. Der kurze Sinn der langen Begründung ist: Die Matrikularbeiträge werden abgeschafft. Das geht nicht ab, ohne neue Steuern. Da man hiermit aber noch nicht kommen mag oder kann, so läßt man die Matrikularbeiträge für alle Fälle auf dem Papier bestehen; bei normalem Verlauf der Dinge wird man aber nicht viel mehr als einen rechnerischen Gebrauch davon machen. Abgeschafft aber wird die Klausula Franzosenheim, die die Erträge aus Pöden und Verbräuchern von 130 Millionen ab den Bundesstaaten zuwies, und die lex Lieber, die die Schuldenentlastung regeln sollte. Als Ueberweisungssteuer, zum rechnerischen Ausgleich der Matrikularumlage, bleibt nur die Brantloosensteuer mit ihren 100 Millionen bestehen. Andererseits sollen die Ueberflüsse aus früheren Jahren nicht mehr auf den ordentlichen Etat des zweitnächsten Jahres übernommen werden, sondern in den außerordentlichen Etat kommen und zur Schuldenentlastung dienen. Praktisch wird also das etwas unfindliche Verfahren wohl so gehandhabt werden, daß Matrikularbeiträge, soweit irgend angängig, nur in Höhe der Brantloosensteuer ausgeschrieben werden. Sind dann erst die Bedürfnisse des Reichs durch neue Steuern sichergestellt, so kann man die Beiträge der Bundesstaaten ganz fallen lassen, was sich aber vielleicht nicht einmal empfiehlt. Denn die gegenseitige Unabhängigkeit hat ihre zwei Seiten; sie zieht auch eine gegenseitige Einflußlosigkeit nach sich, und ob es nicht zweckmäßig wäre, wenigstens ein schwaches, finanzielles Band bestehen zu lassen, bedarf noch sehr der Erwägung.

In Frankreich hat der „Fall der Hälle“, der Drehfußhandel eine, freilich minder geschickliche Ausrückung gefunden als im Jahre 1899. Ein Entrüstungsummel, den die

Nationalisten in Szene zu setzen versuchten, will nicht recht verfangen, und vielleicht erleben wir's, daß der Rügenäuel diesmal in aller Ruhe entwirrt werden kann. Das wäre auf's innigste zu wünschen, denn es ist ein fast unerträglich Gedanke, daß ein Rechtshandel, der die ganze gebildete Welt in Atem gehalten hat, unausgesetzt bleiben sollte. Der französischen Republik kann es nur zum Vorteil gereichen, wenn endlich, endlich volles Licht verbreitet wird. Wieviel von ihren weiland verantwortlichen Männern dabei etwa kompromittiert werden, fällt gar nicht ins Gewicht, gegenüber dem Umstande, ob auf einem großen Kulturstaat der Verdacht einer Rechtsbeugung haften bleiben soll oder nicht. Ist die Wahrheit wirklich einmal wieder en marche, dann wäre es nur im wohlverstandenen Interesse Frankreichs gelegen, wenn sie auch ans Ziel gelangte und nicht wieder auf halbem Wege stehen bliebe.

Wirtschaftliche Wochenschau.

(+) Die Thronrede, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, betont zwar die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung als eine unabwiesbare Pflicht der verbündeten Regierungen, hindert aber auf diesem Gebiete nur eine einzige Vorlage, und zwar diejenige über Kaufmannsgerichte zur raschen Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Handlungsgehilfen und Prinzipalen an. So diese Vorlage an die Amtsgerichte oder Oberverordnungen ausgelagert werden sollen, geht aus dem Vorlaufe der Thronrede nicht hervor. Es sollen in dieser Frage die Ansichten auch im Bundesrat noch immer hart gegen einander stehen, so daß darüber zur Zeit überhaupt noch keine Entscheidung gefallen sein dürfte. Die Annäherung einer Revision des Bürgergesetzes wurde an der Vorlage zwar mit Befriedigung, aber ohne weitere Beeinflussung des Geschäftes selbst entgegen genommen. Unter dem Material, das in Form von Petitionen zur Abänderung des Bürgergesetzes den gesetzgebenden Instanzen zugegangen ist, befindet sich auch eine Petition der Bankbeamten-Vereine, nach welcher infolge der Wirkungen des Bürgergesetzes die Gehälter der Angestellten erheblich zurückgegangen seien. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages ist die Begehung der sogenannten Vorsehensreform im Sinne der Börse noch sehr fraglich; es ist daher gut, wenn man eine Belebung des Bürgergesetzes weniger von griechischer Reform, als vielmehr von einer Beförderung des gewerblichen Beschäftigungsgrades erwartet. Auch im Dezember hält sich jetzt der gegenüber dem Vorjahr günstigere Geschäftsgang erfreulicher Weise an. Im Kohlenbergbau ist der Absatz steigend und wirkt günstig auf die Förderung zurück. Im Eisengewerbe und den weiter verarbeitenden Industriezweigen ist ebenso wie im Textilgewerbe eine leichte Verbesserung eingetreten. Auch die Bauwirtschaft konnte in Anbetracht der milden Witterung (die erst gegen Ende der Woche in Frost umschlug) bisher noch fortgesetzt werden. Dagegen wirkte das warme Wetter auch wieder nachteilig auf andere Erwerbszweige. So wird von den Konfektionsgeschäften vor allem lebhafter Klage darüber geführt, daß in keinem der letzten Krisenjahre so wenig Wintermäntel gekauft worden seien, wie dies gegenwärtig der Fall sei. Nachgelassen hat der Ber-

schäftigungsgrad endlich auch in allen Fabrikationszweigen, die für den Weihnachtbedarf tätig sind. Soweit nicht durch Nachbestellungen, die noch in kurzen Lieferfristen erledigt werden müssen, Aufträge herbeigekommen sind, kann die Weihnachtssaison in der Hauptsache als beendet gelten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 5. Dezember 1905.

Ueber eigenartige Folgen einer Strafexpedition

auf den westlichen Inseln des deutschen Bismarck-Archipels hat Stadthalter Dr. Tempelhoff am Sonnabend der Berliner Anthropologischen Gesellschaft Mitteilung gemacht. Der Arzt erklärte in einem Vortrage nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, die Bismarck-Inseln zählen jetzt etwa 70 bis 80, die der Hermit-Inseln etwa 500 bis 600 Köpfe. Seit etwa 5 Jahren besitzt die bekannte Firma Herrnsheim u. Co. Handelsstationen auf ihnen. Auf den beiden Inselgruppen kann man als Ursache der Bevölkerungsabnahme nicht Infektionskrankheiten annehmen, sondern sie ist psychologischen Charakters; es ist das bewußte Erlöschen des Lebensmutes; auf den Inseln werden keine Kinder mehr geboren. Der Entschluß, keine Kinder mehr zu haben, scheint gefaßt worden zu sein, nachdem wegen Plünderung einer deutschen Boot im Jahre 1878 ein Strafgericht gegen die Eingeborenen gehalten wurde. Es ist seitdem Regel geworden, daß sich die Frauen der Leibesfrucht entledigen. Infolgedessen ist auf der Anahoreten-Insel außer einem Kinde, das zur Zeit der Anwesenheit des Vortragenden einige Monate alt war, der jüngste Einwohner damals 25 Jahre alt gewesen; von den 500 bis 600 Hermit-Inselanern war das jüngste Kind 4 Jahre alt, nur fünf jünger als 10 Jahre, 12 Personen standen im Alter zwischen 10 und 20 Jahren. Weder Jureben noch Aufklärung vermag die in verhältnismäßig gutem Wohlstande lebenden, wohlentwickelten und kräftigen Inselanern von der dem Selbstmorde gleichen Wohnortverstellung abzubringen. Auch auf andern Inselgruppen des Bismarck-Archipels ist eine erhebliche Abnahme der Bevölkerung zu konstatieren. Auf dem größten Moll der Schiguit-Inseln leben jetzt nur einige hundert Bewohner, während im vorigen Jahrhundert die Bevölkerung über 1000 betrug. Tempelhoff führt den Rückgang zurück auf den Ueberfluß der Todesfälle über die Geburten infolge neuerdings eingeschleppter Malaria. Ähnlich liegt die Sache auf Ratty, das vor noch nicht langer Zeit 2000 bis 2500 Einwohner besaß, jetzt aber, wie man nach der Zahl der Kanus schätzen kann, nicht viel über 1000 zählen wird. Die geschwollene Malaria, die man bei den meisten dieser Inselanern findet, weist darauf hin, daß die auch hier eingeschleppte Malaria, die auf dem Eiland mit tropischem Vegetationscharakter einen sehr geeigneten Nährboden fand, eine starke Sterblichkeit verursacht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 4. Dezember. (Aus dem Reichstag.)
 Morgen hält die nationalliberale Fraktion Sitzung ab, um den Etat und die von ihr vorläufig einzubringenden

Karl Ludwig, Kurfürst von der Pfalz. *)

(1617—1680.)

Von Dr. Karl Sand.

(4. Band der Forschungen zur Geschichte Mannheims und der Pfalz.
 Herausgegeben vom Mannheimer Altertumsverein.)

II.

Der zweite Teil des Buches behandelt Karl Ludwigs Stellung als Kurfürst in den Jahren seiner Regierung von 1648—1680. Ein Leben voll schweren Kampfes und Mühsens, arm an Freuden, arm an nachhaltigen Erfolgen, zieht er vor unsern Augen vorüber. Der wehrfähige Frieden hatte wohl dem Kriege ein Ende gemacht, aber ein wirklicher, Dauer verheißender Friedenszustand war damit doch nicht geschaffen. Noch jahrelang währten die Verhandlungen, die nach den in Münster und Osnabrück gezogenen Grundlinien die Einzelheiten endgültig festlegen sollten, und mehr als einmal drohten die Finten, die von dem lebenden Kriegsbrande zurückgeblieben waren, wieder neue Flammen zu entzünden. In besonders schwieriger Lage befand sich die Pfalz. Frankfurt war noch von den Spaniern besetzt, andere pfälzische Orte befanden sich in den Händen der Franzosen; mit Bayern begannen bald Schwierigkeiten wegen finanzieller Fragen und besonders wegen der Frage des kaiserlichen Erzkammerers, das Bayern jetzt für sich beanspruchte, während Karl Ludwig sich an seinem alten Rechte festhielt. Der Kaiser sah sich durch mancherlei Rücksichten, besonders finanzielle, veranlaßt, die Pfalz Bayern zu unterwerfen, und schließlich gab Karl Ludwig 1652 nach, um die Nahrung Frankfurts durchzugeben, die davon abhängig gemacht worden war. Er erhielt dafür ein anderes, das Erzherzogentum, was freilich wieder zu Schwierigkeiten mit dem Kaiserthum von Brandenburg führte, dem als Erzherzog auch die Verwaltung des kaiserlichen Schatzes unterstand. Die Franzosen fanden nicht im Unrecht die ganze Sache etwas lächerlich, da das Reich einen Schatzmeister, aber keinen Schatz habe. Auf dem Re-

gensburger Reichstag von 1653 suchte Karl Ludwig sich möglichst gut zum Kaiser zu stellen, um die Gunst desselben für seine Pfalz nutzbar zu machen. Man tat ihm Unrecht, wenn man ihm damals zum Vorwurf machte, er sei nicht entschlossen genug zugunsten der Protestanten in den protestantischen Erblanden eingetreten, da doch Brandenburg und Sachsen, die sich in ungleich günstigerer Lage befanden, als der von Katholiken geradezu umflossene Pfälzer, ebenso wenig in der Sache taten.

Es folgte dann für Karl Ludwig eine kurze Zeit stiller Arbeit zum Wiederaufbau seines Landes, bis nach dem Tode Kaiser Ferdinands III. der Streit um das Reichsoberhaupt ihn wieder in den Vordergrund der deutschen Reichspolitik rückte. Ferdinand Maria von Bayern behauptete, daß mit dem Lebensübergang der pfälzischen Kur an Bayern auch das Recht der Reichsoberhoheit in den Ländern fränkischer Reichs an Bayern übergegangen sei, während Karl Ludwig dieses Recht für sich in Anspruch nahm, da es am pfälzischen Lande haften. In Streitigkeiten zwischen Kurpfalz und Pfalz-Sulzbach ergriff Bayern zugunsten des letzteren Partei; man glaubte, einen offenen Kampf zwischen Bayern und Pfalz befürchten zu müssen, zu dem beide rüsteten. Diese Unstimmigkeiten zwischen den beiden mittelbairischen Linien führten während der Wahlverhandlung am 9. Mai 1658 in Frankfurt zu einer sehr erregten Szene, da Karl Ludwig, erbittert durch das stolze Benehmen des bayerischen Gesandten, der wurde erst 1777 aus der Welt geschafft, als die beiden Kurlinien in Karl Theodor wieder miteinander vereinigt wurden.

Bekanntlich hat beim Tode Ferdinands III. die französische Politik dahin zu wirken gesucht, die Kaiserkrone dem französischen König zu verschaffen oder, da sich dies bald als unmöglich erwies, doch wenigstens einen Kandidaten zu finden, dessen Wahl den von Frankreich in Deutschland erzielten Einfluß verbürge. Der hierfür in Aussicht genommene Kurfürst von Bayern verzichtete aber auf das Jurem seiner Mutter hin, die dem Sohne das wahrende Beispiel des Winterkönigs vor Augen hielt. So wollte denn Maximilian wenig-

stens nur so viel erreichen, daß dem zu wählenden Kurbayer Leopold durch eine Wahlkapitulation die Hände möglichst gebunden würden. In den Verhandlungen dieser französischen Politik spielte auch Karl Ludwig eine nicht unwichtige Rolle. Schon 1656 hatte Maximilian Verhandlungen mit ihm begonnen und diese dann 1657 fortgesetzt, und Karl Ludwig verpflichtete sich gegen eine bedeutende Geldzahlung und das Versprechen französischen Waffenschutzes dem französischen Kandidaten seine Stimme zu geben. Aber es war ihm nicht wohl bei diesem Pakt; er fühlte, daß er sich zu tief mit Frankreich eingelassen und seine Stellung im Reich sehr erschwert habe. Er wählte sich Schritt für Schritt von den eingegangenen Verpflichtungen wieder loszumachen und hat dann schließlich nur zu der Aufnahme der Bestimmung in die Wahlkapitulation mitgeteilt, durch die dem künftigen Kaiser die Teilnahme am französisch-spanischen Kriege untersagt wurde. Dem bald darauf zwischen Frankreich einerseits, den 8 geistlichen Kurfürsten und einigen kleineren Reichsfürsten andererseits abgeschlossenen sog. Rheinbund ist Karl Ludwig nicht beigetreten, und die Teilnehmer an dem Vertrag bemühten sich auch nicht mehr um seinen Beitritt. Es sprach sich darin die Geringschätzung aus, die diese Stände, besonders der stolze und ehrgeizige Rätiger Erzbischof Johann Philipp v. Schönborn, dem Pfälzer gegenüber hegten. Mit Ingrimm sah Karl Ludwig diese Geringschätzung, mit Erbitterung empfand er auch, daß die Stellung, die er beim Kaiser und am kaiserlichen Hofe einnahm, eine aus Mitleid und Verachtung selbst zusammengefügte war. Das hat ihn dann wieder hart und eigenartig gemacht in der Vernehmung seiner eigenen Rechte und Ansprüche. Am deutlichsten trat das guttute in dem bekannten Bildfangrecht und in der Fehde mit dem Herzog von Lothringen. Er war entschlossen, gegen Unrecht und Verachtung sich zu wehren, und fürchtete den Kampf nicht, den er für sein Recht führen wollte. Nicht auf dem Besitz von Land und Leuten, so meinte er, sondern auf der Wahrung althergebrachter Rechte beruhe „der Glanz und Splendor“ eines Fürsten. Darum sah er in dem Vorschlag, das kaiserlich veraltete und ungehörige Bildfangrecht gegen eine Geldsumme aufzugeben, eine Beleidigung; er wollte das „uralt und rare regale“ von Kurpfalz nicht für ein so gemeines Ding, wie Geld, „so man auch mit

*) Wegen Raummangels zurückgestellt. S. II.

Initiativbündnisse zu beraten. Die in voriger Session nicht zur Erledigung gelangten Anträge werden — soweit sie nicht durch eingebrachte Gegenvorwürfe von selbst entfallen — ebenfalls wieder eingebracht werden.

— (Wahlkreis Osnabrück.) Der von dem welfischen Abgeordneten von Schele-Scheleburg vertretene Wahlkreis Osnabrück ist durch den gestern erfolgten Tod des Abgeordneten von Schele wieder erledigt. Der verstorbenen Abgeordnete hat den Wahlkreis Osnabrück in der Stichwahl nur mit einer sehr geringen Mehrheit gewonnen, mit 14 933 gegen 14 561 Stimmen, welche auf den nationalliberalen Kandidaten Dr. Knapf gefallen waren.

— (Abänderung des Finanzwesens.) Die Zentrumsblätter stellen sich in ihrer Kritik zum Entwurf über die Abänderung des Finanzwesens auf den gleichen Standpunkt wie Eugen Richter, der in seiner „Freisinnigen Zeitung“ schreibt: „Wenn sich ein Reichstag finden sollte, der diesen Entwurf annimmt, so bleibt dem Bewilligungsrecht des Reichstages so gut wie gänzlich nichts übrig.“ — Mit dem Widerstand des Zentrums muß also Reichstagssekretär v. Stengel rechnen; wie indes in den Wandelgängen des Reichstages verlautet, bereitet das Zentrum schon einen Kompromiß-Entwurf vor.

— (Für die Reichstagswahl) im Wahlkreis Reichenbach-Kuerbach hat der bei den Hauptwahlen unterlegene Kandidat der bürgerlichen Parteien, Graf Hoenesbroch, eine erneute Kandidatur angenommen. Sozialdemokratischer Kandidat ist, wie gemeldet, der Stadtbürgermeister Hoffmann-Berlin.

— (Die Nationalsozialen in Ulm) sind nach der Münchener „Allg. Ztg.“ einem neugebildeten national-liberalen Jugendverein beigetreten und haben sich auch mit dem Anschluß des Vereins an den Reichsverband der national-liberalen Jugend einverstanden erklärt.

— (Grundsätze für die Erteilung der Erlaubnis zum Gebrauch des roten Kreuzes) hat der Bundesrat aufgestellt. Die Erlaubnis ist denjenigen Vereinen oder Gesellschaften einschließlich der Ritterorden sowie der geistlichen Orden und Kongregationen zu erteilen, welche sich im deutschen Reich der Krankenpflege widmen und durch eine Bescheinigung des zuständigen Kriegsministeriums nachweisen, daß sie für den Kriegsfall zur Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes zugelassen sind.

— (Grimmischau, 4. Dez. (Zum Weberfest.) Infolge der in den letzten Tagen wiederholt vorgekommenen Vorkäufe, insbesondere bei Ankauf fremder Arbeiter, machen die Amtshauptmannschaft Zwickau und der hiesige Stadtrat durch Plakatanschlag bekannt, daß bis auf weiteres im Amtsgerichtsbezirk Grimmischau, mit Ausnahme einiger Ortschaften, alle öffentlichen Auf- und Umzüge, alle öffentlichen Tanzveranstaltungen und alle Versammlungen, öffentliche wie nichtöffentliche, zu unterbleiben haben und daß alle öffentlichen Schant- und Gastwirtschaften, mit Ausnahme der hiesigen Hofkellerei, nachts 12 Uhr bis morgens 6 Uhr geschlossen werden müssen. Zuwiderhandlungen werden bis zu 14 Tagen Haft oder bis 150 Mk. Geldstrafe geahndet (V).

Jungliberale Versammlung in Berlin.

Unter zahlreicher Beteiligung fand in Berlin eine Versammlung des Vereins der national-liberalen Jugend statt.

Der Vorsitzende Dr. Knapf hielt einen Vortrag über das Thema: Unsere Aufgaben nach den Landtagswahlen. Er gab, wie wir dem Bericht der „Nat. Ztg.“ entnehmen, einen Überblick über die Fraktionsverhältnisse im alten und im neuen Landtag und konstatierte, daß das Ergebnis für die Liberalen ein demütigendes sei, weil es keine Verstärkung der Linken bedeute. Den Liberalen liegen durch den Ausfall der Wahlen schwere Pflichten ob. Sie müssen die Vertretung freilichlicher Anschauungen im reaktionären Abgeordnetenhaus in der Hauptsache allein führen. Wird die national-liberale Fraktion auch stark liberal sein? Wir glauben es bestimmt. Von 19 Abgeordneten sind 24 neue, teilweise entschiedene Liberale gewählt. Zahlreiche neue Koalitionen mit der Linken haben zu erfreulichen Steigen geführt. Mehrere wohl auf die entscheidenden Liberalen Ausführungen des neuen Vorsitzenden der national-liberalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Sattler und des Abg. Dr. Padenberg, auf dem Parteitag in Hannover hin. Im Gegensatz dazu stehe das Verhalten des Abg. Bagig, der mitten im Wahlkampf gegen die Rechte längst in Berlin eine Rede hielt, die im Sinne darauf hinauslief, daß der „Mittel- und links“ nicht so tragisch genommen werden dürfe. Wegen dieser Rede habe man vor dem Wahltag mit Rücksicht auf die Partei nicht protestieren wollen. Redner warnte sich sehr gegen die „mittelparteilichen“ Ausführungen Bagigs in der „Täglichen Rundschau“, die nach einem Parteitag wie dem hannoverschen doppelt unethisch seien. Ausführungen, die den liberalen Entwicklungsgang der Partei während der letzten Monate direkt in Frage stellen. Alle christlichen Liberalen waren empört (Beifall) über dieses Vorgehen eines „Liberalen“ (Pfeifer), eines Abgeordneten, der zum Glück nicht Mitglied des jungliberalen Vereins sei. Wenn er Mitglied wäre, könnte die national-liberale

eine reiche Kaufmannschaft haben,“ versprochen. Von 1881 das Verhältnis Karl Ludwig zum Kaiserhaus mit dem des preussischen Königs Friedrich Wilhelm I. vergleichen. Hier wie dort der ausfällige Wunsch eines herrlichen Einvernehmens mit dem Kaiser, und hier wie dort die bittere Empfindung, daß dieser Wunsch offener und versteckter Ablehnung begegne. In einem Punkte gleicht seine Politik auch der des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm nach dem Frieden von St. Germain. So sehr er auch von der Schädlichkeit des französischen Einflusses in Deutschland überzeugt war, so trieb ihn doch das feindselige Verhalten des Kaisers und seiner Willkür in jener Vorhänger Rede auf die Seite Frankreichs. Aber nicht ganz trennte er sich vom Kaiser; er verlangte sogar von Frankreich, daß die mit ihm abgeschlossenen Verträge dem Kaiser zur Einsicht mitgeteilt würden.

Ran weiß, daß die politische Annäherung des Kurfürsten an Frankreich auch zu einer Familienverbindung, zur Verheiratung seiner Tochter Elisabeth Charlotte mit dem Herzog von Orleans, geführt hat. Karl Ludwig hatte erwartet, daß „solch hohe Alliance zu mehrerer Stabilisierung und Befestigung ihrer Frankreich nächst angrenzenden Rändern Aufstand und Sicherheit dienen könnten“; die Folgen waren belamisch die direkt entgegengesetzten, die Zerstörung und Vernichtung der Pfalz.

Aber soweit ging Karl Ludwig in seiner Anlehnung an Frankreich, daß er den Vordringen des holländischen Kriegsvorstehenden Ludwig XIV. hätte folgen müssen, der ihn durch die Ausföhrten auf ein königreich Austraßen zu überren juchte. Nur neutral wollte er sich halten, um die Pfalz vor den Schrecknissen des Krieges zu retten. Aber eine solche Haltung genügte weder dem französischen König noch dessen Gegnern, und mit bitterem Schmerz mußte Karl Ludwig sehen, daß wieder die Wrenel der Verwöhrung das Wert gungsfähigen Reiches zu vernichten drohten. Und doch widerstand

Parteilichkeit mit Recht von einer „jungliberalen Disziplinlosigkeit“ gegenüber dem Willen der großen Mehrheit sprechen. (Beifall und lebhafter Beifall.) Wie der konservative Führer v. Jellich auf diese unglückliche Schwächlichkeit der national-liberalen Seite reagierte, haben wir in seinen plumpen „Voll-angriffen auf die national-liberale Gesamtpartei während der letzten Wahlen gesehen. Der Angriff Bagigs in der „Täglichen Rundschau“ auf die Jungliberalen, daß nach dem Willen der „Metzen“ alle Augenblicke ein „Korps-mandier“ (d. h. Parteitag) abgehalten werden solle, sei insofern deplatziert, als die jährlichen „Korpsmandier“ von keinem Geringeren in der Partei befürwortet worden seien, als vom jetzigen Reichstagsfraktionsvorsitzenden Bassermann in Essen. (Stimmische Beifall.) Wegen die Bagig'schen Ausführungen können wir betonen, daß wir mit unserem Standpunkte an der Seite der großen Mehrheit unserer Partei kämpfen. Ich erinnere an die lebhaft begrüßten Worte des Vizepräsidenten des preussischen Abgeordneten-hauses, Dr. Krause in Königsberg, daß die jetzigen Landtags-fraktionen mit den Konservativen nach den Wahlen gelöst werden sollten und damit ein Zusammengehen der vereinigten Liberalen für die kommenden Wahlen vorbereitet werden müsse. (Beif. Beifall.) Auch der hannoversche national-liberale Führer Casselmann hat unserer jung-liberalen Bewegung jüngst Anerkennung gezollt. Die größte Verleumdung ist, daß wir uns im Gegensatz zur national-liberalen Partei befinden. Wir arbeiten im Dienste unserer Partei und bleiben ihr allezeit treu. (Beif. Beifall.)

In der Diskussion nahm Kaufmann Meyer ebenfalls Stellung gegen die Behauptungen Bagigs und bedauert, daß nicht sofort eine scharfe Entgegnung erfolgt sei. Dr. Knapf stellt fest, es sei in der Partei längst bekannt, daß Bagig zu den Freikonservativen hinneige. Ein Zusammengehen der National-Liberalen und Konservativen sei wohl für die Schranken zulässig. Alle anderen 25 Parteien müssen gelöst werden. Buchdrucker Feitz hebt hervor, daß, wenn der jetzige Generalsekretär der national-liberalen Partei nicht wisse, was im Wahlkampf zu tun und zu lassen sei, die Jungliberalen, die Lernenden, sich nur noch verwundern könnten. Redner verlangt energischer Beteiligung der „Alten“ bei den politischen Kämpfen. Die Jungliberalen arbeiten für die Partei, andere „führen sie in den Sumpf“. Dr. Padenberg sieht nicht als pessimistisch, Bagig betreffe nicht nur in liberaler Hinsicht einen zweifelhaften Standpunkt, sondern stelle offenbar auch die tiefen Anschauungen des Bundes der Landwirte in nationalen Fragen. Wie lau werde z. B. in dem offenbar von Bagig herkommenden „Handbüchlein für die Reichstagswahlen, herausgegeben vom Zentralbureau der national-liberalen Partei“, die Sache einer starken Flotte behandelt! Dr. Schacht beantragt, über die Ausführungen des Abg. Bagig zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.) Regierungsrat Dr. Leidig verteidigt die „Alten“, die bei den Wahlen ebenfalls tüchtig gearbeitet hätten. Ueber den Artikel Bagigs könne man hinweggehen. Seine organisatorische Tätigkeit sei anzuerkennen, sie sei aber nur nach Westen und Süden gerichtet gewesen. Der Osten sei vernachlässigt und sei es erziehlisch, daß jetzt neues Leben namentlich in Schlesien sich rühre. Die Freikonservativen hätten wenigstens in manchen Gegenden des Reichs Verührungspunkte mit den National-Liberalen. Redner beleuchtet die Bedeutung der national-liberalen Vereine Berlins, die zugleich das politische, Sprachrohr für viele einsam stehenden Parteigenossen in den Ostprovinzen darstellten. Den Jungliberalen Berlins gebühre Anerkennung und Dank für die Hilfe in Leitungs-Beisitz. Diese sei auch freudig willkommen für die nächste organisatorische Arbeit vor den Toren Berlins. (Beifall.) Kaufmann Nagel rühmt die rührige Mitarbeit der „Alten“ National-Liberalen in seiner hagerischen Heimat. Zum Schluß der Debatte wurde eine Resolution gegen die von dem Abg. Bagig publizistisch und agitatorisch jüngst vertretenen Ansichten einstimmig angenommen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 6. Dezember 1908.

Zur Sonntagsruhe im Großhandel.

Der Kaufmännische Verein hat in dieser Frage unterm 29. v. M. an den Stadtrat folgende neuerliche Eingabe gerichtet: Verehrlicher Stadtrat, hier: „Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend.“ Den Empfang Ihrer geehrten Zuschrift Nr. 15 0331 vom 22. v. M. höflichst bedankend, nehmen wir hiermit Veranlassung, unsere Gegengründe für das Wohlwollen auszusprechen, welches der verehrliche Stadtrat den Vertretern der hiesigen verbündeten kaufmännischen Vereine beifügt. Herbeiführung der vollständigen Sonntagsruhe in den Kontoren der Fabrik-, Bank-, Engros-, Spedition-, Verleumdungs- und Agenturgeschäfte entgegengegriffen.

Da unserm Bedauern haben wir jedoch davon Kenntnis genommen, daß unserm dahingehenden Antrage nicht entsprochen werden konnte und gestatten uns auf die Gründe, welche der verehrliche Stadtrat für seine Entscheidung anführt, in nachstehendem nochmals zurückzukommen.

Zunächst als maßgebend wird das Gutachten der Handelskammer angeführt. Dem gegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß sich dieses Gutachten nicht allein im Widerspruch mit dem Antrage der Geschäftskreise, sondern auch mit der Stellungnahme der weit überwiegenden Mehrheit der Prinzipalitäten befindet, wie das Ergebnis der von den verbündeten kaufmännischen Vereinen veranstalteten Umfrage überzeugend darthut. Mit Rücksicht auf die ausführliche Widerlegung des von der Handelskammer abgegebenen Gutachtens

er allen Ansehnungen und Drohungen Ludwigs, der durch die Zwingung und Erödung von Gernersheim hin zu einem Vöndnis zwingen wollte. Durch das haften im Lande die französischen Truppen. Da flammte Karl Ludwig in leidenschaftlicher Wut auf, und er forderte den Führer dieser Truppen, Turanne, zum Zweikampf, der aber die Herausforderung mit lähnen Worten zurückwies. Wenn dann auch der Krieg sich mehr nach dem Elbja zog, so hatte die Pfalz doch noch lange von der französischen Besatzung des Philippsburg zu leiden, das erst im September 1676 erobert wurde. Vergeblich bemühte sich Karl Ludwig, die Schließung der durch ihre Räte für die Pfalz so gefährlichen Festung durchzusetzen; auch im Nürnberger Frieden, zu dessen Aufbruch er nach Kräften mitwirkte, hat er sie nicht erreichen können.

Es kam jetzt die schlimme Zeit der Reunione; von der in Reg tagenden Kammer wurden auch die Gerngen der Pfalz zerlegt und zerfallen, ohne daß es Karl Ludwig auch durch die persönliche Verwendung seiner Tochter und seines Schwiegersohnes zu verhindern imstande war. Den Abbruch dieser Wirren hat der vielgeprüfte Mann nicht mehr erlebt.

Tagesneuigkeiten.

— Die Korbenfilds Schiff vom Eise überflutet wurde, darüber hat Dr. Stottsborg, der Naturforscher des Nordenschild-jagen Unternehmens, erzählt. Die „Antarctic“ wurde im Dezember 1908 an der Nordküste der Joinville-Insel vom Eis eingeschlossen. Am 1. Januar setzte sich das Eis in Bewegung. Die Mitglieder schlossen von diesem Augenblick an nur noch in ihren Kleidern und erwarteten jeden Augenblick vom Eis jermalm zu werden. Am 4. Januar öffnete sich das Eis in der Richtung auf die

in unserer Eingabe vom 23. Juni d. J. erscheint es uns überflüssig, nochmals auf die für die Handelskammer maßgebenden Gründe einzugehen. Wir haben darin den Beweis erbracht, daß die Bedenken der Handelskammer nicht stichhaltig sind.

Wenn der verehrliche Stadtrat seine Freude darüber äußert, daß die Bestrebungen auf Herbeiführung vollständiger Sonntagsruhe in immer weiteren Kreisen Anerkennung und Berücksichtigung finden, so kann die Geschäftsstelle diesen Fortschritt nur mit Befriedigung begrüßen und es ist doppelt bedauerlich, daß eine Korporation, wie die Handelskammer der Stadt Mannheim, sich dieser Erkenntnis bis jetzt noch verschließt. Jedenfalls müssen sich die beteiligten Kreise mit dieser Tatsache, nämlich der Stellungnahme der Handelskammer in dieser Frage, vorläufig abfinden, aber es kann jedenfalls nicht die Absicht des verehrlichen Stadtrats sein, eine Entscheidung im Sinne von 85 Prozent der Geschäftsinhaber und der Gesamtheit der Geschäfte so lange zu vertagen, bis die Handelskammer ihren derzeitigen Standpunkt revidiert. Es muß den Anschein erwecken, als ob für den verehrlichen Stadtrat nicht die Beweiskraft der im Gutachten der Handelskammer angeführten Gründe, sondern das Gewicht einer Korporation, wie die Handelskammer als Vertreterin des Mannheimer Kaufmannstandes, ausschlaggebend war, selbst wenn, wie im vorliegenden Falle, die Meinung der Mehrheit der hiesigen Kaufleute im Gegensatz zu der Handelskammer steht. Wir glauben aber nicht, daß der verehrliche Stadtrat wohl daran tut, diese ganz und gar einseitige Haltung der Handelskammer zu der seinigen zu machen. Es entspricht durchaus dem Geiste und Gedanken des Gesetzes, wenn der Stadtrat die ihm bei Schöpfung der Sonntagsruhe übertragene Vollmacht für die ordnungsgemäße Ausgestaltung des Gesetzes jetzt auch im Sinne der Mehrheit der hiesigen Handelstreibe anwendet. Der Stadtrat ist ja in der Lage, sich auf eine gerechte Mehrheit zu stützen, wenn er unseren Forderungen beiträgt. Eine in allen Teilen wohl begründete Willensäußerung um fünf Sechstel der Prinzipale und der Gesamtheit der Geschäfte sollte doch in einer derartigen Frage einem Gutachten der Handelskammer die Spitze bieten können.

Außer der Rücksichtnahme auf die Handelskammer war für den verehrlichen Stadtrat noch die Befürchtung bestimmend, daß die Einschränkung der Sonntagsarbeit geeignet sei, den Wettbewerb der Konkurrenzstädte zu begünstigen, bezw. die Interessen der hiesigen Geschäfte zugunsten der Konkurrenzstädte zu schädigen. Nach den Berechnungen des Stadtrats besteht tatsächlich die vollständige Sonntagsruhe in der überwiegenden Anzahl unserer Großhandels-geschäfte und wenn demnach heute schon eine große Mehrheit der in Frage kommenden Geschäfte freiwillig auf die Sonntagsarbeit verzichten, so ist dies doch ein sprechender Beweis dafür, daß diese Geschäfte eine Beeinträchtigung ihrer Interessen dadurch nicht erfahren haben. Dies ist um so bemerkenswerter, als Betriebe verschiedenster Branchen schon seit Jahren vollständige Sonntagsruhe eingeführt haben, trotzdem sogar die Konkurrenz am Plage auf die Sonntagsarbeit noch nicht verzichtet. Um wieviel weniger ist dann eine Schädigung des hiesigen Handels durch eine Nachbarschaft zu befürchten! Wäre die Sonntagsruhe tatsächlich den Geschäften so schädlich, wie die Handelskammer dies annimmt, so wären zweifellos die Prinzipale, die bisher Sonntags vollständig geschlossen, schon längst wieder zur Sonntagsarbeit übergegangen. Es ist noch zu erwähnen, daß in unserer Nachbar- und Konkurrenzstadt Frankfurt a. M., deren Handel und Industrie getrocknet mit demjenigen unserer Stadt in Vergleich gezogen werden können, bereits seit 3 Jahren vollständige Sonntagsruhe in Engros- u. Geschäften und sogar eine bedeutende Verlängerung der Sonntagsarbeit im Detailgeschäft durchgeführt ist und dürfte dieser Platz wohl in erster Linie als Beispiel und Vorbild für Mannheim gelten. Wenn etwa Ludwigshafen diejenige Konkurrenzstadt sein sollte, die der verehrliche Stadtrat in seiner Zuschrift erwähnt, so kann doch wohl nicht verlangt oder erwartet werden, daß diese Stadt der Handelsmetropole Mannheim in der Erfüllung eines „sozialpolitisch gerechtfertigten Verlangens“, wie der verehrliche Stadtrat unseren Antrag ausspricht, vorantreibe. Vielmehr dürfte sich dieser Vorgang wiederholen, der bei der Frage des Auktionsadenschlusses beobachtet wurde. Auch damals wiesen die Gegner jener Maßregel auf die verhängnisvolle Nähe der Ludwigshafener Konkurrenz hin, und als der beste Beweis, wie sehr diese vermeintliche Konkurrenz aus dem frühen Auktionsadenschluß in Mannheim Nutzen zog, kann wohl betrachtet werden, daß jetzt nach kaum halbjähriger Einführung des Auktionsadenschlusses an unserm Plage auch die Geschäftsinhaber unserer Nachbarstadt einen Antrag für den Auktionsadenschluß eingereicht haben!

Diese Erwägungen, sowie auch der in der Zuschrift des verehrlichen Stadtrats erwähnte Umstand, daß ein jetzt eventuell zum Abschluß gelangender Kompromiß die Aussicht auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe auf Jahre hinauschieben würde, mußten bei den verbündeten kaufmännischen Vereinen zum Beschluß führen, auf dem Antrag auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe, wie er dem verehrlichen Stadtrate zurzeit vorliegt, bestehen zu bleiben. Außerdem ist es auch noch die Voraussetzung der schwierigen Kontrollmaßnahmen, die und in Verbindung mit unaussprechlichen Schereuren und Verleumdungen, denen die Prinzipalitäten im Falle einer teilweisen Sonntagsruhe ausgesetzt wäre, bestimmt, das freundliche Angebot auf Weisheit zur Erzielung eines Kompromisses zwischen unserem Vorschlag und dem der Handelskammer abzulehnen.

Indem wir hiermit dem verehrlichen Stadtrat von diesem Beschluß der verbündeten kaufmännischen Vereine Mitteilung machen, richten wir die ergebene Bitte an denselben, unser Gesuch nochmals unter Würdigung aller unserer angeführten Gründe in Beratung zu ziehen und dem verehrlichen Bürgerausschuß unseren Antrag auf Einführung der lückenlosen Sonntagsruhe nach Maßgabe unserer Ergebnisse dem

Erstaus- und Terror-Vol, erschien aber bald darauf wieder und schloß das Schiff so fest ein, daß es mitten in der Nacht bewegungsunfähig festgehalten wurde. Am 9. Januar erob sich ein Sturm. Da durch wuchs der Druck des Eises, so daß sich der Bug des Schiffes um vier Fuß hob und alle an Bord zu der Ueberzeugung kamen, daß ein Unfall bevorstehe. Das Eis röh ein großes Loch in eine der Schiffseiten, und Wasser drang ein wie ein Wasserfall. Trotzdem gelang es mit Hilfe der Dampfpumpen das Schiff diesmal noch über Wasser zu halten. Ausbesserungsversuche erwiesen sich jedoch als ziemlich nutzlos. Am 9. Februar begann das Schiff sich auf die Seite zu neigen, und es wurde beschlossen, die mit Munition versehenen Rettungsboote zu Wasser zu lassen, weil jeden Augenblick durch den Eisdruck ein Untergang des Schiffes zu erwarten war. Trotzdem hielt sich das Schiff über Wasser. Am 12. Februar versuchte man mit dem vom Eise frei gewordenen Schiff die Insel Pauler zu erreichen. Kaum hatte man die Insel begonnen, als ein starker Wind das Schiff zwischen Eisberge trieb. Eine neue Gefangenschaft im Eise erschien unvermeidlich. Das Wasser im Inneren kochte trotz aller Anstrengungen, und es wurde klar, daß jetzt das Schiff in der Tat im Sinken begriffen war. „Alle Mann an Deck!“ hieß der Befehl, und man machte das Schiff an einer gewaltigen Eismasse fest. Dann wurden Risten und Puffer mit Lebensmitteln auf das Eis gebracht, zum letzten Male am Hauptmast die schwedische Flagge gehißt, das Schiff verlassen und das Eis geräumt, durch das es am Eis festgehalten wurde. Eine Rettungsdrumme trug das dem Untergang verfallene Schiff fort, aber seine früheren Bewohner konnten von dem Eise aus noch sehen, wie es sank. Der Wagners-Verwandt geriet und die Holz vom Hauptmast nehmende schwedische Flagge war das Letzte, was die Schiffbrüchigen von ihrem Schiffe sahen.

11 000 M. berechneten Mehraufwandes für die Verhärzung der unter die neue Gleisanlage der Nebenbahn fallenden eisernen Träger der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft aufzulegen. An der Kostenveranschlagungsumme sind somit durch Vorausbezüge gedeckt 100 000 M., und verbleiben für die im Interesse des Landstraßenverkehrs erforderlichen Ausgaben 343 000 M. Hierin sollen die beteiligten Gemeinden gemäß § 17 des Strahengesetzes ein Drittel mit 114 000 M., und zwar die Stadt Heidelberg 106 000 M. und die übrigen Gemeinden 9000 M. übernehmen.

BC. Karlsruhe, 4. Dez. Für die Verlegung des Karlsruher Bahnhofes sind als 8. Rate 1 000 000 M. als „voraussichtlich weiter erforderlich“ in das badische Staatsbudget eingestellt. Wie viel von den früher bewilligten 9 Millionen aufgebraucht wurde, ist in den „Erläuterungen“ leider nicht gesagt.

Platz, Heften und Umgebung.

* Wachenheim, 5. Dez. Durch ein Schandfeuer wurde gestern abend ein Wohngebäude (Wohnstättenschein) der Deutschen Schaumweinfabrik Wachenheim zerstört. Der Betrieb der Fabrik erleidet keine Unterbrechung.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Opern- und Nationaltheater Mannheim. Spielplan. Sonntag, 6. Dez., 1/2 8 Uhr (Abonn. f. 1. u. 2. R.). Nachmittagsvorstellung: „Die Geierwälder“. Abends 7 1/2 Uhr (Abonn. B.): „Toll“. Montag, 7. Dez., 7 Uhr (Abonn. D): „Das Wintermärchen“. Dienstag, 8. Dez., 8 Uhr. 4. Vorstellung zu Einheitspreisen: „Dasemann's Töchter“. Mittwoch, 9. Dez., 7 Uhr (Abonn. C): „Johannistag“. Donnerstag, 10. Dez., 7 Uhr (Abonn. f. 1. u. 2. R.). Pensions-Venefiz: „Die Geierwälder“. Freitag, 11. Dez., 7 Uhr (Abonn. A). Neu einstudiert: „Benvenuto Cellini“. Samstag, 12. Dez., 7 Uhr (Abonn. D). Zum ersten Male: „Der Strom“. Sonntag, 13. Dez., 1/2 7 Uhr (Abonn. C): „Cassellia rusticana“. Hierauf: „Fra Diavolo“.

Im neuen Theater: Sonntag, 6. Dez., 1/2 8 Uhr: „Die Flegel“. Dienstag, 8. Dez.: Vierte Akademie. Mittwoch, 9. Dez.: „Madame Scherz“. Sonntag, 13. Dez.: „Dasemann's Töchter“.

Krmer Theater. Im „Elst, Volle“, wird eine Aufführung der „Hugenotten“ von Meyerbeer in Straßburg i. G. wie folgt kritisiert: „Diese Operette auf das Musikdrama wurde Sonntag wieder in unserm Stadttheater gegeben. Ich konstatiere diese Tatsache für künftige Kulturhistoriker. Als Biermisch zu f. 1. u. 2. R. ist dies Stück leider schon so lange. Das Publikum mag ja mit Schuld daran sein. Aber viel mehr Schuld tragen diejenigen Leute, die einen solchen Mist heute noch auf den Spielplan setzen; Leute, die sich mit solcher Ungezogenheit abgeben können, verdienen den Namen Kunstbaur mit vollem Recht. Die Aufführung der einzelnen Rollen war für das Stück viel zu gut.“ — Immerhin verrät es doch einige Begabung, eine Operette auf das Musikdrama schreiben zu können, noch ehe es überhaupt ein Musikdrama gab.

Badischer Landtag.

4. Sitzung der Zweiten Kammer.

B. Karlsruhe, 5. Dezember.

Eingegangen ist ein

Antrag Obfinger u. Gen.:

„Die Kammer möge die Regierung ersuchen, falls eine angemessene Erhöhung der Löhne für Wanderverpflüger aus Reichsmitteln nicht erzielt werden kann, im Nachtrag zum Budget eine entsprechende Summe für diesen Zweck einzustellen.“ Zur Beratung stand der Gesetzentwurf über die

provisorische Erhebung der Steuern

in den Monaten Januar bis April, der einstimmig angenommen wird. In der Diskussion, an der sich außer Reichsminister Obfinger (Hr.) und Finanzminister Buchenberger die Abgeordneten (Hr.), Gehälter (Hr.), Wilschens (natl.), Wilschens (Hr.) und Heimbürger (Dem.) beteiligten, wurden wie früher zahlreiche Vorstöße gemacht, die Vereinfachung und Beseitigung der Beschlüsse des Hauses gemacht, ohne daß indessen eine Einigung erzielt wurde. Nur mit dem Vorschlage der Budgetkommission, eine Vereinfachung der Beschlüsse dadurch herbeizuführen, daß künftig die Regierungsberechtigten zu den Kommissionsarbeiten eingeladen und gedruckt werden, wurde im Plenum beschlossen, daß die Beschlüsse der Kommission nicht mehr im Plenum verhandelt werden sollen, sondern alle Redner einverstanden. Die Anwesenheit Wilschens, das Budget fällt am 1. April schon am 1. Januar abzuwickeln, fiel auf den Widerspruch des Finanzministers.

Der Vertrag mit der Deutsche „Badenia“ wegen Lieferung der Tagblattdruckmaschinen wurde vom Abg. Lehmann (Soz.) beantragt und auf dessen Antrag, dem Wilschens (natl.) und Wilschens (natl.) beistimmten, an die Geschäftsverhandlungskommission zurückverwiesen. Die Zentrumredner traten für die Vergebung an die „Badenia“ (Verlag des „Bad. Beobachters“) ein.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Interpellation über die Schiffahrtsabgaben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.

* Heidelberg, 5. Dez. Zum ordentlichen Professor der Psychiatrie und Leiter der Irrenklinik an der Universität Heidelberg ist der Ordinarius der Irrenklinik an der Universität Königsberg i. Pr., Prof. Dr. Wundt, berufen worden. Dieser Lehrstuhl war im letzten Wintersemester infolge Wegganges des Ordinarius Kappeler an die Universität München vakant. Prof. Wundt, der erst seit diesem Winter in Königsberg; er war vorher 6 Jahre Privatdozent in Breslau. Prof. Wundt, ein geborener Stuttgarter, hat in Tübingen studiert und promoviert.

* Straßburg, 5. Dez. Die elsaßische Gruppe im Reichstag reichte dem „Vollboten“ zufolge einen Antrag auf Einführung des gleichen geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für den Landesaus für Elsaß-Lothringen ein. (Hr. f. 1. u. 2. R.)

* Köln, 5. Nov. Zur Ermordung der ungarischen Frieda Wölke von Charlottenburg erzählt die „Hr. f. 1. u. 2. R.“, manneh, daß der junge Franzose in einem Streit darüber, daß die Ermordete keine Leugnung nicht erwiderte, zum Dolchmesser griff und dem Mädchen einen tiefen Stich oberhalb der Nase versetzte, welcher das Gehirn traf. Hierauf vollführte er mehrere Hammerschläge auf den Kopf, so daß der Tod alsbald eintrat. Alsdann bedeckte der Mörder das eisige Gesicht der Ermordeten mit deren Kopfhaut. Er versuchte anscheinend zu fliehen. Als er aber laute Stimmen im Hausflur des Hotels hörte, schoß er sich eine Kugel in den Kopf.

* Berlin, 5. Nov. Wie der „Vorwärts“ meldet, haben auch in Ziffert bei betannten Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen aus Anlaß des Hochverratsverfahrens stattgefunden. Die in Königsberg in Untersuchung befindlichen Sozialdemokraten Braun und Kohnradtski werden besonders streng gehalten. Der letztere darf auch keine Besuche seiner Frau selbst unter Aufsicht von Beamten empfangen und dem ersten ist auch die Besuche der freilich in Königsberg in Untersuchung befindlichen Zeitungen entzogen worden.

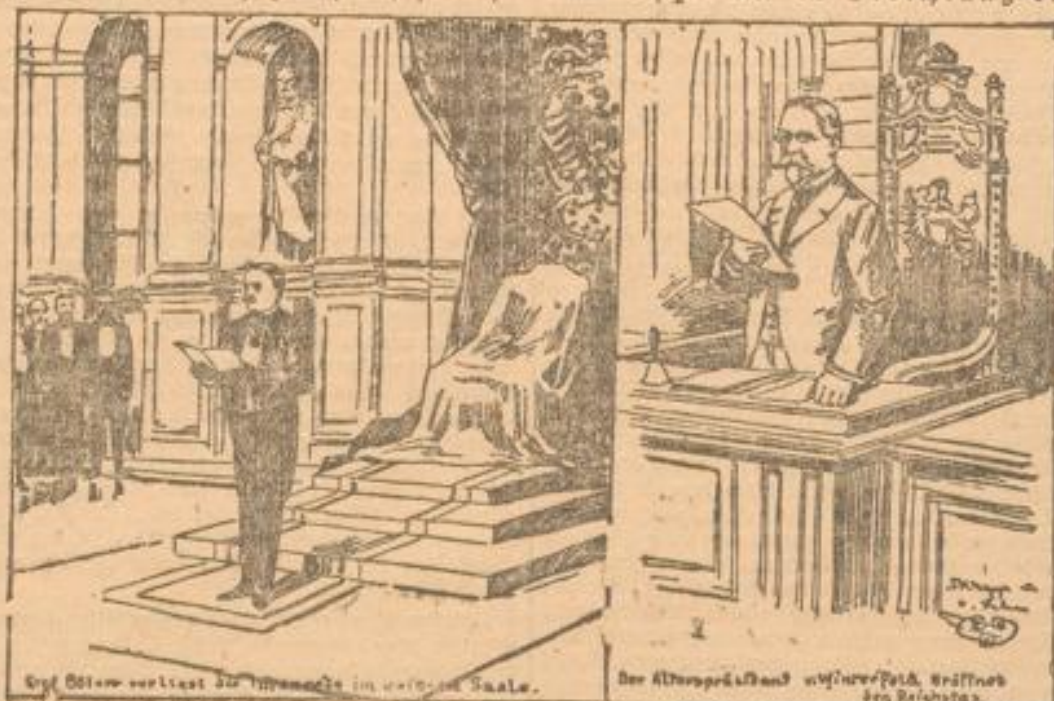
* Hamburg, 5. Dez. Der Senat wählte Senator Dr. Sachmann zum präsidenten, Senator Dr. Wankberg zum zweiten Bürgermeister. (Hr. f. 1. u. 2. R.)

* Bremen, 5. Dez. (Privat.) Die Botschaft meldet: Der siebenjährige Senator Johann Wilhelm Riessen zeigte seinen Rücktritt an. Riessen war seit dem 1. Mai 1875 Mitglied des Senates.

* Dresden, 5. Dez. Ein Jurist namens Lehmann hat heute den Nord an der Witte Dammberg in der Vorstadt Plauen eingekauft. (Hr. f. 1. u. 2. R.)

Parlamentarisches.

* Berlin, 5. Dez. Das Zentrum brachte im Reichstage eine Interpellation ein, ob die verbündeten Regierungen in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 nunmehr gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht nehmen werden, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Interessen beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Organen der Regierung befähigt werden. Die Interpellation fragt dann: Darf insbesondere baldigst ein Gesetzentwurf zur Regelung der privatrechtlichen und öffentlich rechtlichen Verhältnisse von Berufsvereinen, namentlich hinsichtlich der leichteren Erlangung der Rechtsfähigkeit und vollen Sicherung des Koalitionsrechtes, ferner ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines geordneten Arbeitervertreter (Arbeiterkammern) zum freien, friedlichen



Zur Reichstag-Gründung.

Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden erwartet werden?

* Berlin, 5. Dez. Zu Schriftführern des Reichstages wurden nach amtlicher Feststellung folgende Abgeordnete gewählt: Himburg (natl.), Pauli-Oberbarnim (Reichspartei), Kienpan (natl.), Krebs und Frhr. v. Thünefeld (Zentr.), Hermes und Biell (fr. Vp.), Graf Kielegynski (Vole). — Somit sind die sozialdemokratischen Kandidaten Fischer-Berlin und Schippel unterlegen.

* Berlin, 5. Dez. (Privat.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat beschlossen, dem Reichstage u. a. folgende sozialpolitische Anträge zu unter-

Volkswirtschaft.

Bäpische Eisenbahnen. Unter Vorbehalt berichtet die „Hr. f. 1. u. 2. R.“, daß die Schätzung der Dividenden pro 1903 für die Pfälzischen Eisenbahnen entsprechend dem Voranschlag auf eine Superdividende von 22 pSt. geht, natürlich abgesehen von den für dieses Jahr noch unter Staatsgarantie stehenden Prämien. Damit würde das Ergebnis der Aktionäre dem vorjährigen gleich sein. Die Brutto-Einnahme hatte für den Monat Oktober ein Plus von 4,50 Prozent ergeben, das ist eine Besserung auch gegen die letzte vorangegangene Zeit. Für die ersten 10 Monate des laufenden Jahres hat immerhin die Gesamteinnahme ein Bruttoplus von 552 820 M. oder 2,19 pSt. aufzuweisen. Wenn trotzdem jetzt die Dividende nicht höher als für das Vorjahr in Aussicht genommen wird, so muß wohl ein dementsprechender Zuwachs der Ausgaben erwartet werden. Der letzte Geschäftsbericht hatte für das jetzt laufende Jahr 1903 an Gehältern einen Mehrbedarf von nahezu 100 000 M., auch an Arbeiterlöhnen eine kleine Erhöhung in Aussicht gestellt, dagegen Ersparnisse an Rechten mit 80—90 000 M., ferner Ersparnisse an Reparaturen 70—80 000 M., auch am Oberbau rund 100 000 M. Der Mehraufwand für den Anlehensdienst wurde einschließlich der Erweiterungsanleihen auf 115 000 M. beziffert, so daß bei den Ausgaben das Plus und das Minus einander etwa ausgleichen sollten. Andererseits war bemerkt, daß die Mehreinnahme des Jahres 1903 fast ganz, nämlich mit dem hohen Betrage von 1 010 000 M., auf das an die Bauverwaltung abgegebene Material entfiel. Diese Extra-Einnahme wird vermutlich sich nicht, und jedenfalls nicht in solcher Höhe wiederholen; aber ihr hatten damals auch bei den Betriebskosten Mehraufwendungen von ähnlicher Höhe gegenübergestanden. Im ganzen war der im März d. J. erstattete Verwaltungsbereich zu der Erwartung gelangt, daß für 1903 ein ungünstigeres Ergebnis als das vorjährige nicht zu befürchten stehe, aber bei anhaltender Zunahme der Verkehrsbeträge sei eine weitere Besserung der Betriebsergebnisse „nicht ausgeschlossen“. Wenn jetzt trotz des bisher erzielten Bruttoplus die Kationen der Dividende keine Besserung aufweist, so bleibt abzuwarten, ob etwa der Verluste der beiden letzten Monate, oder ob die endgültigen Berechnungen des Jahres darin noch eine Verbesserung bringen werden. Auch scheint eine härtere Dotierung des Pensionsfonds in Aussicht genommen zu werden.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Vereinsbank veröffentlicht im Infanterieblatt dieser Nummer eine Subskriptions-Einladung auf 10 000 000 M. ihrer 4 Proz. bis 1912 un kündbaren Central-Bankbriefe vom Jahre 1908, welche einen weiteren Teil der im Januar d. J. an den Börsen von Berlin, Frankfurt, Breslau, Köln, Dresden, Hamburg, Leipzig und München bis zum Gesamtbetrage von 50 Mill. Mark ausgelassenen Anleihe ausmacht. Die ganze Anleihe ist eingeteilt in 50 Serien von je 1 000 000 M. und hat Zinsabschnitte von 5000, 8000, 1000, 500, 300 und 100 M. Die Zinscheine sind halbjährlich am 2. Januar und 1. Juli fällig. In den Tilgungsbedin-

gungen ist eine Verlosung dieser Bankbriefe gänzlich ausgeschlossen worden. Die Tilgung kann vielmehr nur im Wege der Kündigung einzelner Serien nach vorausgegangener halbjährlicher Frist erfolgen und ist vor dem Jahre 1912 nicht zulässig. Die ganze Anleihe muß jedoch bis spätestens den 2. Januar 1903 zurückgezahlt werden. Der Termin etwaiger Kündigungen ist in der Weise festgelegt worden, daß die erste Bekanntmachung innerhalb der letzten 8 Tage des Juni oder des Dezember in den Geschäftsblättern veröffentlicht werden muß. Dadurch sind die Pfandbriefinhaber zeitraubender Kontrolle langer Verlosungslisten dauernd entbunden, und die Beobachtung der nach dem Jahre 1912 etwa eintretenden Kündigungen wesentlich vereinfacht. Am 25. Nov. befanden sich im Verke 555 528 350 M. Pfandbriefe, denen als Deduktion 602 204 250 M. eingetragene Hypothekenforderungen gegenüber standen. Die Subskription findet zum Kurse von 102,70 Proz. am Mittwoch, den 9. d. M., bei den in der Bekanntmachung genannten Stellen statt, wofür Zeichnungsformulare erhältlich sind. Die Abnahme der Briefe hat vom 16. d. M. ab, spätestens am 30. Januar 1904, zu erfolgen.

* Berlin, 5. Dez. (Privat.) Wie die „Germania“ hört, hat der Seniorenkongress des Reichstages beschlossen, daß vor den Weihnachtstagen außer der ersten Platzberatung nur die Vorlage über ein Handels-Proporzium mit England in zwei Lesungen erledigt werden soll.

* Berlin, 5. Dez. (Privat.) Die sozialistische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung die Abgeordneten Bebel und Singer als Redner zur ersten Lesung des Etats bestimmt. Sodann wurde über die einzubringenden Initiativentwürfe Beschluß gefaßt. Ein Antrag verlangt die Wiederherstellung der früheren Bestimmungen in der Geschäftsordnung des Reichstages über die Vorberatung „zur Geschäftsordnung“. Ein zweiter Antrag verlangt für alle Bundestagen und für Elsaß-Lothringen eine Vertretung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts gewählt wird. Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichs-

arbeitsamtes usw. soll wieder eingebracht werden. Beschlossen wurde ferner die Einbringung der Anträge über die Aushebung der Majestäts-Beleidigungs-Paragrafen und der Erweiterung des Artikels 31 der Verfassung, der von der Immunität der Mitglieder des Reichstages handelt. Der Antrag verlangt, daß auf Beschluß des Reichstages jede Justifizierung eines Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß. Beschlossen wurde schließlich, einen Antrag einzubringen, der die geheime Wahl bei den Knappschafswahlen verlangt.

* Berlin, 5. Dez. (Privat.) Zwischen den drei freisinnigen Fraktionen des Reichstages ist das kommissions-Mariell, wie es bisher bestand, erneuert worden.

ungen ist eine Verlosung dieser Pfandbriefe gänzlich ausgeschlossen worden. Die Tilgung kann vielmehr nur im Wege der Kündigung einzelner Serien nach vorausgegangener halbjährlicher Frist erfolgen und ist vor dem Jahre 1912 nicht zulässig. Die ganze Anleihe muß jedoch bis spätestens den 2. Januar 1903 zurückgezahlt werden. Der Termin etwaiger Kündigungen ist in der Weise festgelegt worden, daß die erste Bekanntmachung innerhalb der letzten 8 Tage des Juni oder des Dezember in den Geschäftsblättern veröffentlicht werden muß. Dadurch sind die Pfandbriefinhaber zeitraubender Kontrolle langer Verlosungslisten dauernd entbunden, und die Beobachtung der nach dem Jahre 1912 etwa eintretenden Kündigungen wesentlich vereinfacht. Am 25. Nov. befanden sich im Verke 555 528 350 M. Pfandbriefe, denen als Deduktion 602 204 250 M. eingetragene Hypothekenforderungen gegenüber standen. Die Subskription findet zum Kurse von 102,70 Proz. am Mittwoch, den 9. d. M., bei den in der Bekanntmachung genannten Stellen statt, wofür Zeichnungsformulare erhältlich sind. Die Abnahme der Briefe hat vom 16. d. M. ab, spätestens am 30. Januar 1904, zu erfolgen.

Personalien. Aus Berlin wird telegraphiert: Theodor Simon, Senator des alten Bankhauses Weich u. Co., ist heute nach langen Leiden gestorben.

Verkehr mit Getreide.

Zur weiteren Verhandlung über die Frage der Einführung eines deutschen Getreidevertrages trat am 27. Nov. die Sonderkommission des Deutschen Handelsrats betr. Verkehr mit Getreide in Mannheim zu einer Sitzung zusammen.

Tagesordnung:

1. Vom Vorkomitee in Nicolaiow aufgestellter Gegenentwurf zum Deutschen Vertrag für Teilladungen.
 2. Durchführung des Deutschen Vertrags für Teilladungen.
 3. Rame des Deutschen Vertrags für Teilladungen.
 4. Schiedsgerichtsbestimmungen.
1. Vom Vorkomitee in Nicolaiow war ein Gegenentwurf gegen den von der Sonderkommission des Deutschen Handelsrats beschlossenen Deutschen Vertrag aufgestellt worden, der in verschiedenen Punkten Abweichungen vorsaß. Die Vorschläge des Nicolaiower Komitees wurden von der Kommission eingehend beraten, mußten aber sämtlich abgelehnt werden. Die Kommission beschloß einstimmig, die festgesetzte Fassung unverändert aufrecht zu erhalten und den Deutschen Handelsrat zu bitten, an das Nicolaiower Vorkomitee ein Schreiben zu richten, in dem die Stellung des deutschen Getreidehandels kurz begründet wird.
2. Die Kommission beschloß, den Deutschen Handelsrat zu bitten, die deutschen Getreidehöfen und sonstigen Vertretungen des Getreidehandels aufzufordern, auf ihre Mitglieder einzuwirken, sich in Zukunft für alle in Betracht kommenden Geschäfte ausschließlich des Deutschen Vertrags zu bedienen. Die wichtigsten für den Handel mit Getreide und den Rändern des Schwarzen Meeres in Betracht kommenden ausländischen Börsen usw. sollen durch den

Deutschen Handelstag von dem Vorgehen und den Beschlüssen des deutschen Getreidehandels unterrichtet werden. Ebenso soll der Deutsche Handelstag zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt dem Reichstagsler Mitteilung über das Vorgehen des deutschen Getreidehandels machen. Der Deutsche Vertrag soll am 1. April 1904 in Kraft treten.

8. Die Handelskammer zu Düsseldorf hat am 14. September beantragt, daß der Vertrag den Namen „Deutsch-niederländischer Getreidevertrag“ erhalten solle. Die Kommission beschloß, den Deutschen Handelstag zu bitten, zunächst von dem Komitee von Graanhandelaars in Rotterdam eine Mitteilung darüber zu erbitten, zu welchem Ergebnis die im Schreiben vom 8. August 1903 angeforderte Prüfung der Bestimmungen des Deutschen Vertrags über die bei der Naturalisierungsstellung zu verwendenden Maße geführt habe. Gleichzeitig soll weiter das Komitee von Graanhandelaars gebeten werden, auf die übrigen holländischen Getreidehandelsplätze eine Einwirkung dahin auszuüben, daß auch sie den deutschen Vertrag annehmen. Falls die Verhandlungen mit Rotterdam ergebnislos bleiben, soll der holländische Getreidehandel bereit sein, sich dem deutschen Vorgehen anzuschließen, soll der Vertrag den Namen „Deutsch-niederländischer Vertrag“ erhalten; andernfalls wird er als „Deutscher Vertrag“ in Kraft treten.

4. Die vom Verein Berliner Getreide- und Produktionshändler gemäß dem Beschluß der Sonderkommission vom 23. April aufgestellten Schiedsgerichtsbestimmungen sind sämtlichen Mitgliedern zur Prüfung vorgelegt; der Kommission lag außerdem ein Gegenentwurf der Mannheimer Produktionshändler vor. Die Verhandlungen der Kommission führten zu einer Übereinstimmung in allen Punkten von grundsätzlicher Bedeutung; Abweichungen wurden nur in solchen Fragen, in denen eine Berücksichtigung lokaler Verhältnisse und Verhältnisse erwünscht erschien, zugelassen. Abgesehen hiervon soll auch der Wortlaut der Bestimmungen an den 4 deutschen Schiedsgerichtsständen gleich sein. Der Deutsche Handelstag wurde beauftragt, auf Grund der gefassten Beschlüsse den Entwurf des Vereins Berliner Getreide- und Produktionshändler und den der Mannheimer Produktionshändler zu einer Vorlage zusammenzufassen.

Wochenbericht

Der Deutschen Genossenschafts-Bank von Soergel, Parzian u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Die Chronik, mit der gestern der neue Reichstag eröffnet wurde, beschäftigt die Mitteilungen, die seit der Wahl der Regierung bezüglich einer Reform des Börsengesetzes in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Darf man es auch als ein wertvolles Jugendstadium betrachten, wenn die Regierung bei diesem Anlaß der Wirtschaft gedenkt, die sich unter dem Schutze des Gesetzes herausgebildet, Kreuz und Gläubiger erschüttert und hierdurch den volkswirtschaftlich notwendigen Börsenverkehr empfindlich geschädigt haben, so erscheint es doch im Hinblick auf die allgemein gehaltene Form der Ankündigung einer Novelle rarissim, die Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen. Soweit aus den erwähnten Mitteilungen entnommen werden kann, wird sich die Novelle auf die Befreiung der am schwersten empfindlichen Aktienbesitzer und daher sicher nicht alle Bestimmungen erfüllen, die in dieser Beziehung in den Kreisen der Interessenten begehrt werden. Auf der anderen Seite bleibt aber zu beachten, daß der Reichstag auch in seiner neuen Zusammensetzung keine börsenfreundliche Mehrheit aufweist und daß über das Maß des unbedingt nötigen hinausgehende Reformvorschlüsse bei ihm ohne Zweifel keine Zustimmung finden werden. Erwähnenswert ist es, daß gleichzeitig auch eine Herabsetzung des Reichstempelsteuers angekündigt wird. Von einem belebenden Einfluß auf das Geschäft, der, wie man wohl annehmen sollte, von der Umgebung ausgegangen wäre, kann indessen kaum berichtet werden. Die Börse blieb auf dem Bankmarkt zwar recht fest, was die Umsätze jedoch betrifft, so hat der neue Monat eine empfindliche Einschränkung gebracht. Die Umsätze dieses Abganges sind verschiedener Art. Zunächst hat der Aufschwung der letzten zwei Monate das Publikum vielfach zu Realisationen veranlaßt, während man sich in der Eingehung neuer Engagements große Zurückhaltung auflegte. Diese ist nicht zum kleinen Teil in der Unsicherheit begründet, die in der Beurteilung unserer industriellen Verhältnisse neuerdings zutage tritt. Die Organisation des ausländischen Geschäfts begegnet ebenfalls lebhaftem Widerspruch, da einige nur für das Ausland arbeitende Werke nicht geneigt sind, die Kosten des Exports durch eine Erhöhung der Inlandpreise mit zu bestreiten zu helfen.

An der Reichsbörse ist nach einer längeren Periode der Stagnation wieder etwas lebhafteres Interesse namentlich für Eisenbahn-Effekten eingeleitet. Nicht ganz im Einklang damit stehen die Berichte über die Eisenbahn-Einnahmen, die bereits deutliche Spuren geschäftlichen Rückganges aufweisen. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß in Deutschland für eine Reihe von Jahren gute Meinungen vorhanden ist, die von einflussreicher Seite gestützt werden. Insbesondere herrschen auch bei einzelnen Bahnen durchaus gesunde Verhältnisse und es mag richtig sein, daß der gegenwärtige Kurs ihrer Aktien im Verhältnis zu dem inneren Wert. Indessen sind die Meinungen über die Situation an der Reichsbörse noch keineswegs einheitliche, und die Erfahrung des letzten Jahres hat zur Genüge gezeigt, daß die Börsenlage einen weit größeren Einfluß auf die Kursgestaltung ausübt, als die inneren Verhältnisse eines Unternehmens.

Auf dem Londoner Goldminenmarkt war in den letzten Tagen ebenfalls größeres Geschäft festzustellen, namentlich herrschte bei anziehenden Kursen Interesse für südafrikanische Shares.

Die äußere Politik gab der Börse in der laufenden Woche kaum einen Anlaß zur Beunruhigung. In Oesterreich-Ungarn ist man eifrig bemüht, eine Klärung der Lage anzubahnen und auch vom fernsten Osten kommen Nachrichten, die die Gefahr eines ernstlichen Konflikts zwischen Rußland und Japan zunächst als ausgeschlossen erscheinen lassen.

Die Situation auf dem Geldmarkt hat sich durchaus befriedigend gestaltet, und der Privatdiskont weist einen nicht unmerklichen Rückgang auf. Gegen Jahresende dürfte wohl die übliche Verflechtung eintreten; es gewinnt indessen den Anschein, als ob im neuen Jahre wieder mit einer großen Geldflüssigkeit zu rechnen sei. Das Geschäft wies nur vereinzelt Rüge größerer Lebhaftigkeit auf.

Auf dem Bankmarkt fanden diesmal die Aktien der Deutschen Bank die Aufmerksamkeit der Spekulation, sobald sie etwa 1 Prozent anziehen konnten. Die phantastischen Pläne, die die Ursache der Steigerung waren, fanden zwar keine Bestätigung, die Börse ließ sich aber ihren Gläubigern an größere Geschäfte der Bank nicht erschüttern. Auch Diskont-Kommandit-Aktien, die vorübergehend schwächer tendierten, verkehrten gegen Schluss in fester Haltung. Die von Wien abhängigen Werte lagen fest, gegen Schluss indessen Bruchstücke abgekauft.

Der Montanmarkt blieb fast geschäftlos, jedoch nach anfänglicher Erholung die Kurse langsam abwärts.

Auf den sonstigen Gebieten blieb das Geschäft ohne erhebliche Bedeutung. Von Rentenpapieren waren deutsche Fonds gegen Schluss der Woche wesentlich höher. Man hofft, wie bereits ausgeführt, auf Erleichterungen in der Besteuerung des Verkehrs und verspricht sich davon eine erhebliche Belebung der Umsätze.

Mannheimer Handels- und Marktberichte.

Getreide.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

* Aus Baden. Das Getreidegeschäft war in vergangener Woche etwas lebhaft bewegt, es trat größere Kaufkraft für Anbau-Geschäfte ein, jedoch Stimmung und Preise sich beschränkten. Nachfrage war nach grüner Ware, da dieselbe aber etwas mangelte,

mußte man sich mit gelbgrüner begnügen. Stimmung fest. Preise anziehend.

Süßrühre.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

Corinthen. Provinziale und Zillara-Corinthen sind unverändert.

Rosinen. Schwarze Rosinen sind unverändert. Thra notieren jetzt 17.— als Rotterdam, rote Rosinen wieder fester in feineren Sorten.

Sultaninen. Weil der Weihnachtsbedarf gedeckt ist in feineren Sorten die Nachfrage zurückgegangen, dagegen wurden in ordinären Sorten für Destillationszwecke verschiedene gehandelt.

Dampfsäpel. Disponible feine Marken sind unverändert, dagegen auf Januar/Februar Abladung billiger offeriert.

Hahnsäpel finden anhaltend flotten Absatz, bei stetiger Tendenz.

Pläumen (Kollformige) sind unverändert, eher etwas fester, besonders disponible färbige und neue schwellende Sorten.

Aprikosen und Pflirsche sind unverändert.

Reinl. Terpentinöl. Einheits. Eber. Vanille.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

Reinl. Preise gingen im Laufe der Woche weiter um eine Kleinigkeit zurück und haben für März-Juni-Lieferung eine außerordentlich niedrige Notierung erreicht.

Terpentinöl unverändert.

Spiritus. Tendenz ist steigend.

Ähre. Aus London wird gemeldet: Indlan. Importeure verminderten diese Woche zum zweitenmale das Angebot, um mit aller Energie die Aufrechterhaltung des Marktes zu bewerkstelligen. Demzufolge verlor man eine bessere Tendenz. Java-Kultionen fanden diese Woche nicht statt.

Vanille Bourbon. Die Qualität der neuen Ernte soll zu allgemeiner Zufriedenheit angekommen sein. Preise sind noch unverändert, sind aber einer Erhöhung gewärtig.

Getreide.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

Bei unveränderten Preisen zeigte das Geschäft in Petroleum in der letzten Woche wenig Bewegung. Durch Einsetzen des Frostwetters regte sich etwas Interesse für Lieferung in den späteren Wintermonaten, und wurden für diese Termine einige Abschlüsse gemacht. Der Markt ist nach wie vor fest.

Rohlen.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

In der abgelaufenen Periode zeigte das Geschäft im allgemeinen gegen die vorhergehenden Wochen ebenfalls wenig Veränderung. Zufuhr und Absatz in ziemlich allen Sorten blieben sich gleich; dabei sind die Lagerbestände immer noch verhältnismäßig gering. Preise unverändert fest.

Es notieren: Plamm- oder Bettmühlhölzer, Korn I oder II, 102—108; Plamm- oder Bettmühlhölzer, Korn III 108 bis 112; Reifschrot und Reifschrot 142—150; deutsche Anthracit, Korn II, 105—110; englische Anthracit, Korn II, 105—110; Reifschrot, Korn I oder II 105—110; Bettmühlhölzer 115—118; alles per 100 Ctr. ab Mannheim.

Leber.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

Der Umsatz in feineren Lederarten war verfloren Woche ein ansehnlicher. Die Hauptartikel waren Vag-Gal und Chevreau. Bedeutende Abschlüsse kamen nicht zustande, da die Konsumenten, die von den Fabrikanten verlangten Preise nicht bewilligen wollten. Verschiedene Fabrikanten von Vag-Gal erhöhten ihre Preise wiederum um 5 % der Fuß.

Wochenmarktfbericht über den Viehmarkt vom 30. Nov. bis zum 5. Dez. 1903.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeigers“.)

Der Auftrieb auf dem Viehmarkt belief sich diesmal auf nur 880 Stück Großvieh, Handel und Umsatz mäßig, jedoch ansehnlich. Preise etwas zurückgegangen. Es wurden notiert pro Ctr. Schlachtgewicht: Ochsen 70—76 M., Kühe 60—66 M., Kälber 62—75 M., Lämmer 60—66 M.

Kälber fanden am 30. Nov. nur 148, am 3. Dez. 245 Stück zum Verkauf. Geschäftsschlechte mittel. Vorzügliche Preise, 50 kg. Schlachtgewicht kosteten 70—80 M.

Der Geschäftsgang auf dem reich besetzten Schweinemarkt war reger. Billige Preise, 52—54 M. pro Ctr. Schlachtgewicht. Der Ferkelmarkt war mit 228 Stück mittelmäßig besetzt. Preise sehr billig. Das Stück kostete 4—9 M.

Mannheimer Effektenbörse

vom 5. Dezember (Offizieller Bericht.)

Die Börse zeigte heute ruhige Haltung. Etwas höher notierten: Rh. Hypoth.-Bank-Aktien Kurs: 102 G., Gutsj.-Aktien 97 G., Neckar- und Rhein-Aktien 222 G., Pfälz. R.-A. und Bahnbau-Aktien 85 G. Ferner wurden Brauerei-Berl.-Aktien zu 112 Prozent gehandelt und Freiburger Ziegelfabrik-Aktien zu 100,50 Proz.

Aktien

Banken	Brief	Geld	Banken	Brief	Geld
Badische Bank	100.	100.	Dr. Schöckl, Oelb.	100.	100.
Kred. u. Verh. Bank	119.75	119.75	Schwarz, Sparg.	100.	100.
Kred. u. Verh. Bank	129.50	129.50	Mittler, Schach.	100.	100.
Oberrhein. Bank	104.	104.	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	190.25	190.25	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	100.	100.	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	100.	100.	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	100.	100.	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	100.	100.	S. Reich, Sparg.	100.	100.
Pfälz. Bank	100.	100.	S. Reich, Sparg.	100.	100.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Industrie.

Obligationen.

Stadtbef.	Stadtbef.	Stadtbef.	Stadtbef.
4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50	4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50
4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50	4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50
4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50	4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50
4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50	4% Rhein. Hyp.-Bank 1902	100.50

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

Stadtbef.

mit für sof. rückf. Sauerbrenn.
12642 L. 12. 13.

Seidenwarenhaus Bon Marché, Ges. m. b. H.

Erstes Spezial-Nouveauté-Haus

Mannheim M 1, 2.

Telephon 2825.

Mannheim M 1, 2.

Billige und zugleich schöne Weihnachtseschenke:

2500 Meter reinseidene Blousenstoffe

schottisch, gemustert und gestreift.

17865

Zum Aussuchen! Jede Blouse: Mk. 5.—, 6.— u. 8.—.

Reinseidene Theatertücher — in allen Grössen und Farben — **unübertroffen billig!** von Mk. 2.10 an.

Auf Wunsch hübsche Weihnachtsverpackung!

Keine Partieware, sondern garantiert reguläre tadellose Ware.

Der für Montag, den 7. Dezember

angekündigte Ausverkauf in unserem alten Lokal kann leider nicht stattfinden.

Wir haben deshalb einen grossen Posten dieser Waren in unserm neuen Lokal:

N 2, 8, Kunststrasse

auf extra Tischen ausgestellt und werden dieselben zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen abgegeben.

Ganz besonders empfehlen:

Tisch- und Küchenwäsche, Handtücher jeder Art, Leib- und Bettwäsche, Bettdecken, Wolldecken, Reisedecken, Taschentücher etc., diverse Reste.

Sämtliche Waren sind mit Blaustift ausgezeichnet und werden nur gegen Bar verkauft.

Verkauf beginnt Montag, 7. Dezember N 2, 8.

Weidner & Weiss.



R. P.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Mitteilung, dass ich die Leitung unseres

Mannheimer Kaufhauses für Photographie-Bedarf,

C 1, 1 gegenüber dem Kaufhaus C 11 im früh. Petzold'schen Laden übernommen habe.

Gestützt auf umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in der Branche u. ermutigt durch zahlreiche Anerkennungen hoher u. höchster Herrschaften bin ich in der Lage, den weitgehendsten Ansprüchen, die heute an die Branche gestellt werden, genügen zu können.

Durch gemeinschaftlichen Einkauf für unsere 4 Geschäfte, 2 München, Mannheim, Dessau, und besonders günstigen Abschlüssen mit erstklassigen Fabriken, sind wir in der Lage, unseren geehrten Kunden Vorteile zu bieten, wie sie von anderer Seite kaum geboten werden dürften. Mein Streben wird stets dahin gerichtet sein, mich des Vertrauens würdig zu machen, das durch Aufträge und Anfragen in mich gesetzt wird.

Hochachtungsvoll und ergebenst

17866

Paul Tieck

Mitgesellschafter der Firma Soennecken & Co. G. m. b. H. o Mannheim C 1, 1.

Die Wiedereröffnung

Gold- & Silberwarengeschäftes

N 2, 7 Kunststrasse N 2, 7

17700

Reichhaltigste Auswahl neuester u. elegantester Gegenstände bei bekannt billigen Preisen.

Hochachtungsvoll

Hermann Prey.

(Inhaber) Hotel-Restaurant Meder (Inhaber)

L 12, 16 in nächster Nähe des Hauptbahnhofs, L 12, 16

20 vollständig neu eingerichtete Zimmer.

Diners à 1.20 von 12 bis 2 Uhr mittags.

Im Abonnement 90 Pfennig.

Von 6 Uhr Abends ab Soupers à 1.20.

Auswahl von Münchner Bürgerbräu

sowie ff. Edinger hell und dunkel.

Samstag, den 5. Dezember

Großes Schlachtfest

17750

Otto Bechtler.

Café Français

C 2 1. Mannheim Tel. 2819

= Münchner Spatenbräu =

Hell und Dunkel

sowie Pilsner (Bürgerliches Brauhaus)

Reichhaltige Speisekarte.

Diners à 1.20, im Abonnement à Mk. 1.—

Soupers von 1.50 an.

= Dorfelder Billards. =

Ich empfehle mich Hochachtungsvoll

17490

Georg Fleissner.

Rheinische Creditbank
in Mannheim.

Volleingezahltes Aktienkapital 45 Millionen Mark.

Reserven: 11 000 000.

Filiale in Baden-Baden, Freiburg i. B.,

Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Kon-

stanz, Lahr, Offenburg und Strassburg i. Els.

Wir eröffnen laufende Rechnungen mit und ohne

Creditgewährung, besorgen das Incasso von Wechseln

auf das In- und Ausland und stellen Wechsel, Checks und Acce-

ditiv auf alle Handelsplätze der Welt aus.

Wir kaufen und verkaufen Effecten aller Art und

vermitteln den An- und Verkauf derselben zu den billigsten Be-

dingungen.

Wir führen provisorische Checkrechnungen und

gewähren für deren Benutzung die größtmöglichen Vorteile und

Erleichterungen.

Wir übernehmen Werthpapiere aller Gattungen zur

sicheren Aufbewahrung, (auch in Massenschatz-

Anlage, Safe) und Verwaltung und sind bereit, davon

die Einkassierung der fälligen Coupons, die Revision verlosbarer

Werthpapiere, die Einziehung gekündigter Obligationen, die

Leistung ausgeschrieben Zahlungen und alles sonst Erforder-

liche zu besorgen.

Desgleichen nehmen wir verschlossene Werthsachen

in Verwahrung.

Die bei uns hinterlegten Gegenstände werden in den feuer-

festen Gewölben unseres Bankhauses aufbewahrt und wir

übernehmen dafür die Haftbarkeit nach den gesetzlichen Be-

stimmungen.

Die Berechnung von Gebühren ist einer Vereinbarung vor-

behalten.

Das angenehme und im Gebrauch

billigste Brennmaterial

sind unentgeltlich rheinische Braunkohlen: Preißler Marke Union. Die

jetzt angestrichene

Schiffsladung

verkauft ich noch frei Haus zu 100.—, 90.— bei 20 Ztr., 100.—, 90.—

bei 10 Ztr. und 100.— bei weniger.

Heinrich Glock,

Braunkohlen-Preißler-Markte und Niederlage

Verbindungsgeleise links über Nr. 10, Reiter L 15, 18.

Telephon Reiter Nr. 280, Sager Nr. 2.65.

Hauszinsbücher

empfiehlt

Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei,

G. m. b. H.

Zweig-Expeditionen

des

General-Anzeigers.

Wir errichteten zu unseren schon bestehenden
Zweig-Expeditionen noch folgende in den nach-
stehenden Verkaufsstellen von

JOHANN SCHREIBER:

Baumschulgärten L 12, 10

Riedfeldstrasse 24

Jungbuschstrasse 4

Schwetzingenstrasse 24

Luisenring 4

Schwetzingenstrasse 73

Mittelstrasse 58

Seckenheimerstrasse 34

Mittelstrasse 91

Tullastrasse 10

Man abonniere bei denselben.



Sparen

kann Jeder viel Geld, wenn er, bevor er seinen Einkauf in

16382

Uhren, Gold- und Silber-Waren

deckt, sich die Riesen-Auswahl u. billigen Preise ansieht bei

Jacob Kraut

T 1, 3, Breitestr.

T 1, 3, Breitestr.

+++++

Neuer Medizinal-Verein

Mannheim. (Gegr. von Franz Thorbecke).

Freie Arzt- und Apothekenwahl

Eingeschriebene Hilfskasse.

Bureau: S 1, 17

1 Treppe links.

Eintritt jederzeit.

Kohlen

Beiträge

Bäder

25—40 Pfg. pro Woche

wärme, räumlich

trische, zu

ermäßigten

Preisen.

+++++

40 Verkaufshäuser
gleichnamiger Firma
in den grössten Städten Deutschlands.



Mein



Lieferant
des
Mannheimer Beamten-Vereins.

Grosser Weihnachts-Verkauf

zu ausserordentlich vorteilhaften und sehr billigen Preisen beginnt

Sonntag, den 6. Dezember.

Die umfangreichen gut sortierten Läger bieten eine riesige Auswahl!! Jede Geschmacksrichtung ist vertreten.

Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe doppelbreit, reizende Dessins mit kleinen Effekten sowie schönen Caros u. Streifen Meter: 34, 36, 24 Pfg.

Cheviots reine Wolle, doppelbreit, im Tragen erprobte vorzügliche Qualitäten, schwarz u. farbig Meter: 350 bis 60 Pfg.

Wetter-Loden gediegene Qualitäten, in glatt und malliert, unverwundlich im Tragen Meter: 38 Pfg.

Tuch-Stoffe solides Hauskleid, in allen Farben Meter: 42 Pfg.

Kleiderstoffe

Blousen-Streifen moderne aparte Farbenstellungen Meter: 32 Pfg.

Homespun- u. Noppenstoffe neue moderne Muster und erstklassige Fabrikate Mtr.: 95, 65 58 Pfg.

Schotten für Kinderkleider in grosser Muster-Auswahl Meter: 2 Mk. bis 55 Pfg.

Lindener-Kleidersammelte in aparten glanzreichen Farben Extrapreis Meter: 168 Pfg.

Schwarze Kleiderstoffe worunter diverse „M. Schneiders“ Garantie-Qualitäten Meter: 500 bis 50 Pfg.

Diese Annonce erscheint im Original nur einmal, bitte daher anzubewahren.

Sehr vorteilhaftes Angebot für noch nicht gehörte Preise
Ueber 150 Stücke und Coupons Wollstoffe

als Cheviots, Damentuche, Crêpes, Caros, Double-Faces, Homespunes, Zibelines, Blousenflanelle, Schotten etc. offeriere, um damit zu räumen:

Einige Preise der diversen Genres früher	4.50	3.95	2.90	1.65	1.35	85 Pfg.
--	------	------	------	------	------	---------

" " " " " " " " " "	jetzt	2.80	2.40	1.75	1.08	88 48 Pfg.
---------------------	-------	------	------	------	------	------------

Die früheren Preise sind auf weissem, die jetzigen Preise auf farbigem Etiquett deutlich sichtbar.

Tischwäsche
Tischtücher, gekümt Extrapreis 88 Pfg.
Drell-Servietten, kräftige Ware Stück 18 "
Theegedecke, 6 Servietten und bunter Kante 1.25
Küchenhandtuch, gekümt und mit Band 24 Pfg.
Kaffeedecken, bunt mit Franzen Stück 88 "

Grosser Posten Damen-Glacs 98 Pfg.
schwarz weiss und farbig, mit 2 Druckknöpfen, Vorzügliches Leder nur Paar

Leinen u. Baumwollwaren
Bett-Damast, weiss, 130 cm breit Meter 75 Pfg.
Bedruckt Velour, neue aparte Muster Meter 28 "
Eiderfilanell, für Unterröcke Meter 56 "
Hemdentuch für Leibwäsche Meter 22 "

6 Serien: Herren-Gravatten
früher: 2.00 1.65 1.35 1.00 80 60 Pfg.
jetzt: 95 75 48 35 25 15 Pfg.

Pelzsachen
Pelz-Muffen alle Sorten anfangend 80 Pfg.
Pelz-Colliers alle Sorten anfangend 45 Pfg.
Kinder-Garnituren grosse Auswahl " 95 Pfg.
einfachste und eleganteste Genres.

Damen-Wäsche
Damen-Hemden, weiss mit Spitze, Vorder-schluss Stück 85 Pfg.
Damen-Hemden, weiss, Achselabschluss mit gestickter Passe 98 "
Biber-Damenhosen, mit Feston 95 "
Damen-Biberjacke, weiss mit Spitze 98 "

Sämtliche Reste colossal billig.

Unterrock-Moireen 75 Pfg.
Ein Posten feinfarbige
So lange der Vorrat reicht! Meter
Ein Posten Schleier Stück 5 Pfg.

Seidenstoffe
schwarz und farbig, grosses Lager

Möbelstoff-Abteilung
Gardinen, Teppiche, Felle, Steppdecken, Linoleum-Läufer und -Teppiche, Wandschoner, Portieren etc.
vorzügliche preiswerte Sortimente.

Trikotagen
Herren-Normalhemd, doppelte Brust Stück 75 Pfg.
Herren-Normalhosen, anfangend von 75 "
Kinder-Trikots, für das Alter v. 2-12 Jahren mit Leib u. Aermel anfangend 55 "
Biberhemd für Frauen Extrapreis 98 "

Herren-Krimmer-Handschuhe 82 Pfg.
Ein Posten
mit Lederbesatz, alle Grössen Paar

Schürzen u. Unterröcke
Moiree-Unterröcke mit Volant Stück von 1.75
Biber-Unterrock Stück von 75 Pfg.
Hausschürzen, grosse Posten Stück 42 "
Zierschürzen Stück von 15 "
Seidene u. Alpaca-Jupons u. -Schürzen in allen Sortimenten.

Sophakissen, Strümpfe, Kragen, Manschetten, Taschentücher, Echarpes, Corsetten
in grosser Auswahl.

Meine Weihnachts-Roben
in Carton, schwarz u. farbig, erlauben sich grosser Beliebtheit!
Stück von 6 Mr.: 12.—, 10.—, 8.50
mit Garnierung: 6.60, 4.50, 1.48

Obiger Auszug aus meinen Lägern soll Sie nur annähernd orientieren.

In der Spezialabteilung fertiger Damen-Confection

sind sehr viele Genres im Preise ganz bedeutend herabgesetzt.

Bei Einkäufen von 5 Mark an ein prachtvoller Abreisskalender mit Spiegel und Schlüsselhalter gratis.

Mannheim, F 1, 1
Breitestrasse.

M. Schneider

Ludwigshafen
Ludwigsstrasse 57.

Meine Geschäftsräume sind am Sonntag, den 6. ds. bis abends 7 Uhr geöffnet